

Pressemitteilung 12/2022

München, 28.12.2022

Dr. Uwe Brandl, der neue Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds: „Ich erwarte im neuen Jahr klare Akzente der Bundespolitik zu Gunsten der Städte und Gemeinden.“

Brandl erwartet von der Bundespolitik im kommenden Jahr ein klares Bekenntnis zu ländlichen Regionen und zur Gleichwertigkeit von Arbeits- und Lebensbedingungen in Stadt und Land. „Städte und Gemeinden besitzen auch abseits der Ballungsräume immense Potenziale. Ich erwarte daher, dass sich die Bundesregierung ganz klar zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bekennt“, betonte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags und ab 1. Januar 2023 neue Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl.

Brandl betonte die besondere Bedeutung der ländlichen Regionen für den Standort Deutschland. „70 Prozent der Menschen leben nicht in großen Städten. Der überwiegende Teil der Wertschöpfung findet abseits der Ballungsräume statt. Wir müssen daher in der kommenden Legislaturperiode gezielt in die Potenziale der ländlichen Regionen investieren. Flächendeckende medizinische Versorgung, gute Bildungsangebote, eine adäquate Verkehrsinfrastruktur und natürlich eine leistungsstarke Breitbandversorgung sind die Eckpfeiler für starke und lebenswerte ländliche Regionen. Viel zu lang hat sich die Politik nahezu ausschließlich auf die Ballungsräume konzentriert.“

„Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation – Ukrainekrieg, Energieknappheit, Klimawandel, Abgleiten der Wirtschaft in Richtung Rezession, erneuter Massenzug von Einwanderern und anhaltender Inflation – habe ich größte Sorgen um den sozialen und demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das Zusammentreffen mehrerer Krisen zur gleichen Zeit wirkt als Brandbeschleuniger zunehmender Unzufriedenheit und Radikalisierung in der Gesellschaft. Viele Menschen im Lande fühlen sich abgehängt und unverstanden. Die Energiekostenentwicklung beinhaltet zusätzlichen Stoff zur Popularisierung. Transferleistungsempfänger werden als Privilegierte empfunden, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte empfinden sich zunehmend als „Melkkühe der Nation“, von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kann mit Blick auf das 49-Euro-Ticket, offenbar angestrebtes voraussetzungsloses Grundeinkommen und weiteren sozialen Wohltaten nicht ansatzweise gesprochen werden. Ich appelliere an die Politik: die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat Verfassungsrang. Sie hat darauf hinzuwirken, diese Gleichwertigkeit zu schaffen. Das ist ein Verfassungsauftrag!“

Pressemitteilung 12/2022

München, 28.12.2022

Brandl ist ab 1. Januar 2023 für zweieinhalb Jahre Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB). Er tritt damit die Nachfolge von Ralph Spiegler, Bürgermeister von Nieder-Olm (Rheinland-Pfalz) an. Dr. Brandl war bereits in den Jahren 2018 bis Mitte 2020 Präsident des DStGB. Von 1994 bis 1995 und von 1998 bis 2000 war mit Heribert Thallmair, Erster Bürgermeister der Stadt Starnberg, schon einmal ein Bayer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt als Kommunalen Spitzenverband in Deutschland und Europa die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung kreisangehöriger Städte und Gemeinden. Seine Mitglieder repräsentieren ca. 11.000 große, mittlere und kleinere Städte und Gemeinden in Deutschland mit über 50 Millionen Einwohnern und damit die deutliche Mehrheit der Kommunen und der Menschen in Deutschland. Er ist föderal organisiert, parteipolitisch unabhängig und arbeitet ohne staatliche Zuschüsse. Die Mitgliedschaft ist freiwillig, der Sitz in Berlin. Die Hauptaufgabe des DStGB ist die Vertretung der kommunalen Interessen gegenüber dem Bund und Europa.

Weiterführende Informationen:

<https://www.abensberg.de/buergerservice/politik/buergermeister>

www.dstgb.de

www.bay-gemeindetag.de

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel.: 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher der 2.031 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

